Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Dezember.

Wo ruft die Pflicht?

Kinderfreunde.

Eskimogruppe kommt morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ins Volkshaus (Gesellschaftssaal) zur Probe.

Kinderchor Osten. Morgen Sonntag, mittags 1 Uhr, pünktlich alle an der Post. Wir gehen ins Volkshaus zur Probe.

Kinderchor Südosten. Morgen Sonntag, nachmittags 1 Uhr, an der Schlippe. Probe im Volkshaus.

Bezirk Osten. Montag, den 22. Dezember, abends 6 Uhr, im Albertgarten Sonnenwendfeier. Alle Eltern erscheinen. Das Programm wird von Kindern aufgeführt. Eintrittspreise sehr niedrig.

Osten und Neustadt. Alle Mitwirkenden zur Sonnenwendfeier treffen sich Sonntag, pünktlich vormittags 9 Uhr, am Mohrenplatz zur Bühnenprobe.

Schönefeld. Morgen Sonntag, nachmittags 5 Uhr, findet im Helm unsre Sonnenwendfeier statt. Wir laden hierzu im besonderen unsre Parteigenossen und die Jugend ein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Leipzig.

Sonntag, den 21. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, in Wiederitzsch (Neuer Gasthof) Große Werbeversammlung. Alle Republikaner von Wiederitzsch und Umgebung sind zu dieser Versammlung eingeladen. Reichsbannerleute erhalten nähere Anweisungen durch die Abteilungsführer. Der Ortsgruppenvorstand.

Arbeiterbildungsinstitut.

Bibliothekare. Versammlung am Montag, dem 22. Dezember. 1. Besprechung. 2. Führung durch die Buchausstellung. 3. „Wissen ist Macht". Film: Wie ein Buch entsteht.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Ortsverein Ost. Montag, den 22. Dezember, abends 6 Uhr, im Albertgarten Sonnenwendfeier. Parteigenossen! Sorgt für starken Besuch.

Schönefeld. Alle Genossinnen und Genossen, welche in der Woche nach Weihnachten nicht arbeiten, wollen sich bis Montagfrüh beim Genossen Schnelle in der Filiale, Stettiner Straße 64, melden.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten zeigte, wie krampfhaft der Rat bemüht ist, seine Herrschaft festzuhalten. Er bestreitet den Stadtverordneten ein Mitbestimmungsrecht bei Dienstanweisungen, bei Verordnungen über Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Ja, er weigert sich sogar, den Stadtverordneten eine einfache Mitteilung zu machen, wenn er ein gegenteiliges Gutachten bei Einbürgerungsgesuchen abgibt! Es sah fast aus, als wollte er darauf aufmerksam machen, daß im Neuen Jahr noch heftige Kämpfe zwischen Rat und Stadtverordneten bevorstehen. Er vertritt nicht nur seine eigenen, sondern auch Unternehmerinteressen so stark, daß er sich am Schlusse der Sitzung noch eine starke Niederlage holte, da das Kollegium gegen nur 6 Stimmen die Liebesdienste mißbilligte, die er durch seine Verordnung über die Sonntagsarbeit den Großhandelsherren erwies. — Die Kommunisten holten sich bei der Entlarvung ihrer Agitationspolitik eine gründliche Blamage, während die Sozialdemokratie den Erfolg zu verzeichnen hatte, daß ihr Antrag angenommen wurde, der auch die Handelsherren zwingen will, einen Beitrag zu den Aufwendungen für die Messe zu leisten.

Die Kommunisten gegen die Schrebergärtner.

Verschiedene Gartenvereine beantragten in einer Eingabe, Gelände an der Probstheidaer Straße ihnen zur Einrichtung von Dauceranlagen zur Überlassen. Zweifellos gehören in die Grünanlagen, die ein planvoller Städtebau zu schaffen hat, auch Gebiete mit Schrebergärten als Daueranlagen. Da aber in Leipzig noch kein endgültiger Stadterweiterungsplan vorhanden ist, der die Gebiete, die für Dauerschrebergärten vorzusehen sind, bestimmt, konnte die Vorlage dem Rate nur zur Erwägung überwiesen werden, obgleich Stadtv. Krumsdorf sie zur Berücksichtigung empfahl. Der Kommunist Schenker wandte sich scharf gegen die Forderung der Schrebergärtner, alle freien Plätze müßten für öffentliche Volksparks reserviert bleiben. Es seien große Illusionen, die die Leute im Kopfe hätten. Die Gartenbesitzer, die vielfach in der Gartenlaube wohnen müßten, bedankten sich für eine derartige eigene Scholle. Und der Kommunist Lungwitz sah ebenfalls nicht ein, daß große öffentliche Grün- und Parkflächen die Anlage von Dauerschrebergärten nicht ausschließen. — Genosse Seger machte noch darauf aufmerksam, daß in den Kreisen der Kommunalpolitiker immer mehr verlangt wird, bei Vergebung von Land die Sicherungsklausel vorzusehen, daß es jederzeit wieder zurückverlangt werden kann, da ganz plötzlich Umstände auftreten können, die die Gemeinde zwingen, das Land anders zu verwerten. —

Wie die Kommunisten ihre Anträge vertreten.

Einer der Agitationsanträge, mit denen die Kommunisten glauben, Vertretung der Arbeiterinteressen vortäuschen zu können, ist der Antrag auf **Staffelung der Gaspreise**, der eine solche Verteuerung der Verwaltung bringen würde, daß eine Senkung der Gaspreise unmöglich wäre. Gestern hielt Schneller wieder eine „große" Rede für den Antrag. Darauf nahm sich Genosse Plottke die Kommunisten vor und zeigte, daß Herrmann am Montag, als sein Antrag im Ausschuß beraten werden sollte, **im ganzen Rathause nicht zu finden war, und daß ein andrer Kommunist** — Dasecke — **den kommunistischen Antrag gemeinsam mit dem Ausschuß abgelehnt habe!**

Das schlug wie eine Bombe ein. Herrmann, der mit rotem Kopf die für seine Fraktion fatale Sache einzurenken suchte, fand keinen andern Ausweg, als auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, sie sei mit den hohen Grundpreisen einverstanden. Dabei hat gerade die Sozialdemokratie die Preise von 20 auf 19 Pfg. gesenkt! Und Dasecke erklärte, er sei aus einem andern Ausschuß gekommen und **über die Vorlage nicht im Bilde gewesen.** — Ueber den wichtigsten Antrag **seiner eigenen Fraktion** ist dieser gottvolle kommunistische Vertreter „nicht im Bilde"! — Er habe auch nicht dagegen gestimmt, sondern **sich der Stimme enthalten** und nur vergessen, das feststellen zu lassen! Das gab wieder ein Hallo! Ein Stadtverordneter, der sich der Stimme enthält, wenn ein wichtiger Antrag seiner eigenen Fraktion abgelehnt wird! Herrmann vergrößerte noch die Blamage, als er behauptete, er sei gerade zur Tür hereingekommen, als man fertig war. Der Ausschußvorsitzende Dr. Kunath strafte ihn aber Lügen, indem er feststellte, daß der Schluß der Ausschußsitzung längst vorüber war, als Herrmann endlich erschien! So sieht in Wirklichkeit die Vertretung der Arbeiterinteressen durch die kommunistischen Moxristen aus. — Auch im **Plenum wurde ihr Antrag glatt abgelehnt.**

Das Ende der Wohnungsnot.

Vom Städtischen Wohnungsamt wird hierzu folgendes geschrieben:

Die Innung der Baumeister, der Verband der Bauarbeitgeber, der Bund Deutscher Architekten und der Verein Leipziger Architekten machen sich anheischig, die Wohnungsnot nicht erst in 7 Jahren, sondern in einer erheblich kürzeren Frist zu beseitigen, und zwar durch freie Wirtschaft.

Wie ist mit Hilfe der freien Wirtschaft die Beseitigung der Wohnungsnot möglich? Zum Bauen ist erstens notwendig Geld. Wie kann es beschafft werden? Die vor dem Kriege fließenden Kreditquellen sind alle fast vollständig versiegt. Es ist bekannt, daß aus **der Privatwirtschaft Kapital so gut wie nicht zu erlangen** ist, wenn aber doch, dann in geringen Beträgen und zu einem Zins- und Provisionsaufwand von jährlich 18 v. H., also etwa dreimal so teuer wie im Frieden. Die erste Bedingung, Baukapital zu schaffen, kann also die freie Wirtschaft gegenwärtig nicht erfüllen. Unter einer Voraussetzung aber kann sie es doch: Es könnten die Mieten, die jetzt einschließlich der Aufwertungssteuer etwa 70 v. H. betragen, allmählich auf 80, 90 v. H. oder auf die volle Friedensmiete erhöht werden. Freilich würde damit — bei freier Wirtschaft — **dem Hausbesitz ein Inflationsgewinn von ungeheurer Größe** zugewendet werden. Von dem gesamten Friedensmietertrag, der in Leipzig 140 Millionen Mark beträgt, erhielte dann der Hausbesitz über den Betrag hinaus, den er für Betriebs- und Unterhaltungskosten und Verzinsung des eignen Kapitals und etwaige aufgewertete Hypothekenverpflichtungen braucht, noch mindestens 30 Prozent, oder **mindestens rund 40 Millionen Mark.** Dieser also rund 40 Millionen Mark betragende Inflationsgewinn, wenn er überhaupt gerechterweise dem Hausbesitz zugestanden werden könnte, würde allerdings eine privatwirtschaftliche Kapitalbildung bedeuten, aus der alle Wohnungen, deren wir zur Tilgung der Wohnungsnot bedürfen, gebaut werden könnten. Aber selbst beim Eintritt dieser Wirtschaftsfreiheit würden noch schwer überwindliche Bedenken zu erheben sein. Noch viel reichlicher flossen ja auch im Frieden die Gelder dem Kapitalmarkte zu, und dennoch bestand eine Realkreditnot, und dennoch war es unendlich schwer, Baukapital zu erhalten. **Das Kapital wandte sich nämlich stets den Stellen zu, wo es die beste Verzinsung und den raschesten Umsatz fand.** Bei dem großen Kapitalbedarf unsrer Industrie, unsrer Gewerbe, des Handels und bei dem höherem Zinsfuß, den diese immer geben können, würden die Grundstücksbesitzer durch das wirtschaftsmäßige Interesse veranlaßt sein, diese Kapitalien jenen Stellen zuzuwenden. Sie müßten denn aus sozialem Empfinden und opferwilliger Liebe zum Volke ihr Kapital dem Wohnungsbau zuwenden, der es unmöglich so hoch verzinsen kann, wenn die Baukosten für die Neubauten nicht noch höher steigen sollen also auf 200 oder 300 v. H. der Friedensbaukosten. Eine solche Steigerung der Neubaukosten würde in der freien Wirtschaft die Folgen nach sich ziehen, daß auch in den alt gebauten Wohnungen ein höherer Mietzins, soweit eben irgend die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung geht, sich durchsetzen würde. Vor dem Kriege sind leider Fälle festgestellt worden, wo eine Lohnerhöhung der Arbeiterschaft zum gleichen Termin durch eine Mietzinserhöhung vollständig ausgeglichen wurde. Es müßte also von den Hausbesitzern der Verzicht auf diese weitere Mietsteigerung in den alten Wohnungen und die opferwillige Hingabe ihres durch jene spekulative Mehrmiete gewonnenen Kapitals für Wohnungsbauzwecke zu dem niedrigeren Zinsfuß des Bauwesens erbeten werden. **Sonst fließt das Kapital eben doch nicht dem Wohnungsbau zu erträglichem Zinsfuß zu.**

Um bauen zu können, muß die freie Wirtschaft soviel Miete einnehmen, daß das aufgewendete Kapital sich mindestens verzinst, von einer Tilgung gar nicht zu reden. Die Baukosten betragen gegenwärtig 60—80 v. H. mehr als im Frieden, weil die Löhne, die Baustoffpreise und der Kapitalzinsfuß gestiegen sind. Ohne Berücksichtigung der höheren Kapitalverzinsung würde jetzt schon bei freier Wirtschaft die doppelte Friedensmiete gezahlt werden müssen, damit überhaupt ein Bauunternehmen rentierlich wird. Die zweite Bedingung der freien Wirtschaft ist also **gleichfalls nicht erfüllbar,** denn es ist selbstverständlich unmöglich, jetzt oder überhaupt der Bevölkerung die doppelte Friedensmiete abzunehmen, und diese würde noch nicht einmal zureichen.

Um die Wohnungsnot in Leipzig bei 12 000 zur Zeit fehlenden und einem jährlich zuwachsenden Bedarf von 1300—1400 Wohnungen in 7 Jahren zu tilgen, müssen im Durchschnitt jährlich 3000 Wohnungen gebaut werden. Wollen die Verbände die Wohnungsnot schneller tilgen, so müssen sie wesentlich mehr als 3000 Wohnungen bauen. Sie könnten sich die Tilgung der Wohnungsnot allerdings auch auf dem Wege vorstellen, daß durch eine Erhöhung der Mieten die Bevölkerung zu einem so dichten Zusammenrücken sich gezwungen sieht, daß die Nachfrage nach Wohnungen dadurch um Tausende vermindert wird. Ist dann aber nicht bloß der Wohnungsmangel beseitigt, die Wohnungsnot aber dennoch vorhanden? Die technische Möglichkeit, 3000 Wohnungen zu bauen, kann nur unter bestimmten Bedingungen bejaht werden. Im Jahre 1924 war die gesamte Bauarbeiterschaft Leipzigs vollkommen beschäftigt, so daß so gut wie kein Arbeiter mehr zu erlangen war. Bei dieser Anspannung der Bauarbeiterkräfte war es der Stadt möglich, ein Wohnungsbauprogramm von rund 1450 Wohnungen in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus ist der Bau nicht einer Wohnung mit den vorhandenen Kräften und Methoden möglich. Eine Vermehrung der Wohnungsproduktion im Jahre 1925 ist nur dadurch möglich, daß zu einer der bewährten Ersatzbauweisen gegriffen wird, bei der nur etwa die Hälfte Arbeiter notwendig ist und noch viel weniger gelernte Bauarbeiter, so daß diese mit den Wohnungen, die in dem altgewohnten Ziegelbau hergestellt werden, voll beschäftigt sein werden. Auch die Menge der jetzt durch die Produktion zur Verfügung gestellten Ziegelsteine begrenzt die Möglichkeit des Wohnungsbaues in dieser Form. Schon die bloße Nachricht, daß eine große Anzahl Ziegelbauten ausgeführt werden sollten, führte zu einer **Steigerung der Ziegelpreise,** und die Nachricht, daß die Stadtgemeinde nur etwa zunächst 20 viergeschossige Wohnhäuser in einer Ersatzbauweise auszuführen beschlossen hat, hat die Ziegelpreise gesenkt. Das gesamte Baugewerbe sollte für diese Wirkung der Ratsmaßnahmen nur Anerkennung haben. Es dürfte daher zur Zeit das äußerst Mögliche geleistet sein, wenn man auf diesem Wege 3000 Wohnungen im Durchschnitt jährlich schafft, und die Verfechter der freien Baumirtschaft sind und bezüglich der dritten Bedingung den Beweis noch schuldig, wie sie mehr als 3000 Wohnungen in Leipzig technisch zustandebringen wollen.

Die „im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse gegebenen Vorschläge der Vertreter des Baugewerbes" wünschen auch, daß das Kaufrecht, das sich die Stadt vorbehält, mit der Rückzahlung der Hypotheken erlöschen soll, ferner soll der jeweilige Wert des Baulandes von der Stadt gezahlt werden! Damit würde der alten Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet. Das Baugewerbe war vor dem Kriege in schädlichster Abhängigkeit von der Bodenspekulation, der im Falle des Baues der Löwenanteil der ersten Hypothek zufloß, während Baugewerbetreibende und Bauhandwerker auf die zweite und dritte Hypothek des längst überschätzten und überlasteten Grundstücks angewiesen waren. Man sollte glauben, daß das gesamte Baugewerbe sich dem Kampf der Stadt gegen die Bodenspekulation mit fliegenden Fahnen anschließt; statt dessen scheint es sich wenigstens durch die hier zum Worte gekommenen Vertreter in diese Knechtschaft zurückzusehnen. Ferner verlangen die Verbände, „daß das Bauhilfsdarlehen berechnet wird auf Grund der steigenden oder auch fallenden Baukosten". Sie wollen nichts mehr davon wissen, daß die steigenden Baukostenbeihilfen in den Jahren 1919 und 1920 zu einer unwirtschaftlichen Steigerung der Baukosten überhaupt, insbesondere der Baustoffe geführt haben. Die Ringe der Baustoffproduzenten würden ja gewiß mit Behagen hören, daß die Stadt sich entschlossen hat, steigende Beihilfen zu gewähren. Vertreter des Baugewerbes selbst haben in neuester Zeit uns gegenüber zugegeben, daß steigende Beihilfen dem ehrlichen Baugewerbe schädlich und nicht wünschenswert seien.

Die Wohnungsbaupolitik der Stadt, die von den Verbänden als verfehlt bezeichnet wird, hat derartige Fehler allerdings vermieden. Sie hält im Gegensatz zu andern Städten darauf, daß der Wohnungsneubau nur den Wohnungsberechtigten und nicht nur den Zahlungsfähigen zugute kommt und kann sich mit ihrem statlichen Wohnungsbauprogramm von 1450 Wohnungen sehen lassen.

Der Beitrag an das Meßamt.

Der Beitrag der Stadt zur Förderung der Leipziger Mustermessen soll von 100 000 auf 250 000 Mk. erhöht werden. — Der deutschvölkische „Feind des Kapitals" Götte nahm sich warm der armen Kapitalisten an, die durch den Werbebeitrag und hohe Platzgebühren zu stark belastet würden. Er protestierte auch dagegen, daß das Meßamt eine eigene Druckerei errichten wolle, denn er mußte doch den Profit der Privatkapitalisten schützen. Er beantragte, der Rat solle den Geschäftsbetrieb des Meßamtes nachprüfen. — Auch Dr. Kunath beantragte, der Rat solle auf eine andre Regelung des Werbebeitrags hinwirken.

Genosse Plottke zog Herrn Götte einen Jagdhieb über und betonte die kritische Einstellung der Sozialdemokraten zur Messe, von der Aussteller und Einkäufer, aber nicht die Arbeiter den Hauptvorteil haben. Da sie aber Mittel und Möglichkeiten biete, die Wirtschaft zu fördern, habe die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu einem städtischen Zuschuß nicht verweigert. Da die Erhöhung des Zuschusses die kleinen Aussteller etwas entlaste, sei die Sozialdemokratie geneigt, auch der Erhöhung zuzustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß **auch die Handelskammer** Beiträge zahle. Er stellte deshalb den Antrag:

Zustimmung mit der Maßgabe, den Rat zu ersuchen, in sofortigen Verhandlungen mit der Handelskammer diese zur Leistung angemessener Beiträge zu veranlassen **und den vorwiegenden erhöhten Betrag erst dann auszuzahlen, wenn auch die Handelskammer ihren Beitrag geleistet hat.**

Nach längerer Debatte wurde der erste Teil des Antrags einstimmig, der zweite, von uns fettgedruckte Teil gegen alle Bürgerlichen mit 31 : 29 Stimmen angenommen. Auch die deutschvölkischen Kapitalistenfresser wollten den Handelsherren die Möglichkeit geben, sich von einem Beitrag zu drücken! Die Anträge Götte und Kunath wurden ebenfalls angenommen.

Die städtischen Geschäftsstellen in den einverleibten Vororten.

Da die Sparkassen-, Standesamts- und Steueramtsfilialen in den eingemeindeten Vororten einen außerordentlich schwachen Verkehr aufweisen, wollte der Rat sie einziehen. Die Proteste der Einwohner haben ihn aber bewogen, einen Mittelweg einzuschlagen und sie an drei Tagen in der Woche zu bestimmten Stunden offenzuhalten. Nach einer langen Rede Daseckes, der gegen die Regelung ankämpfte, wurde beschlossen: Das Stadtverordnetenkollegium betrachtet die Eingaben durch das Ratsschreiben als erledigt, erwartet aber bei weiterer Einschränkung der Geschäftszeit in den Vororts-Geschäftsstellen, daß ihm dies vorher mitgeteilt wird.

Die Behandlung von Einbürgerungsgesuchen durch den Rat.

Wenn Ausländer deutsche Staatsbürger werden wollen, fordert die Kreishauptmannschaft vom Rate und von den Stadtverordneten Gutachten ein. Der Rat hat wiederholt Gesuche nicht befürwortet, die das Kollegium nach eingehender Prüfung empfohlen hat. Deshalb hatte das Kollegium ersucht, ihm vor Weitergabe eines gegenteiligen Gutachtens an die Kreishauptmannschaft die Gründe der Ablehnung mitzuteilen. Dagegen verwahrte sich der Rat in einer Rückantwort. In den Ausschüssen war festgestellt worden, daß der Rat die Gesuche gar nicht eingehend prüft, sondern sich auf teils sehr unbestimmte, teils sehr fadenscheinige Gründe der Handelskammer stützt und sie sich wörtlich zu eigen macht.

Der Oberbürgermeister lehnte gestern in der schroffsten Weise ab, dem Kollegium eine Mitteilung über die Stellungnahme des Rats zugehen zu lassen. Die Stadtverordneten hätten den Rat überhaupt nicht zu beauftragen, sondern ihn zu ersuchen oder zu bitten, behauptet das Stadtoberhaupt, dem die Fassung des Ausschußbeschlusses stark in die Nase gefahren war.

Der Völkische Kröber leistete sich die Unverschämtheit, zu behaupten, **die Linke brächte es niemals fertig, einen Juden abzulehnen, jedenfalls hinge das mit finanziellen Fragen zusammen.** Er stellte dazu den Antrag, Einbürgerungsgesuche in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Genosse Plottke wies die Anmaßung des Oberbürgermeisters zurück und betonte, daß die Stadtverordneten in dieser Frage dem Rate gleichberechtigt seien. Es muß ihnen möglich sein, die Gründe kennenzulernen, die den Rat zur Ablehnung veranlassen. Dem Lümmel Kröber sagte er unter dem Beifall der Linken, er dürfe sich nicht wundern, wenn seine mit solcher Frechheit geführte Debatte wieder zu Maulschellen führen würde.

Der stark nervenkranke Völkische Hunger besaß die Kühnheit, zu behaupten, er besitze Beweismaterial für die Verleumdung, die Kröber vorbrachte. Das Material bestand darin, daß ein Jude in Ansbach Geld für rote Hundertschaften gesammelt und in Stolp ein deutschnationaler Geschäftsführer einen Prozeß mit jüdischem Gelde geführt habe. Und darauf gründen diese Verleumder die Behauptung, die Linke befürworte aus finanziellem Interesse die Einbürgerung von Juden!

Schließlich wurden folgende Anträge angenommen:

1. Das Stadtverordnetenkollegium teilt die Meinung des Rates nicht. Es mißbilligt im Gegenteil die Handlungsweise des Rats, ohne Benachrichtigung des Stadtverordnetenkollegiums ein gegenteiliges Gutachten abzugeben.
2. Den Rat zu beauftragen, alle Einbürgerungsgesuche dem Stadtverordnetenkollegium erst dann zur Begutachtung vorzulegen, nachdem der Rat sein Gutachten erstattet hat.

Der Theaterdienst der Feuerwehr.

Seit 5½ Jahren braucht die Feuerwehr im Theater nicht mehr umgeschnallt ihren Dienst zu tun, sondern hat ihre Ausrüstung griffbereit neben sich hängen. Jetzt mit einemmal geht das nicht mehr, der Dienst soll zackiger werden, die Feuerwehr soll 6—7 Stunden in voller Ausrüstung Dienst tun! Genosse Mahnert wies das Unsinnige der Ratsverfügung nach, die eher das Gegenteil erreicht als die Feuersicherheit erhöht. — Stadtrat Barthol aber behauptete, der Beschluß sei wohlüberlegt. Der Rat werde gegen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19241220/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG